

# Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **42 (1963)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

werfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.»

Die verbesserte und vertiefte Wiederaneignung Hegels ermöglicht es, den wissenschaftlichen Sozialismus zureichend zu begreifen und zu formulieren und ihn für die ihm zukommende Stellung zu befähigen: zur geistigen und politischen Führung der Menschheit durch die Internationale. Diese Entwicklung ist für die positive Lösung der großen und brennenden Probleme von entscheidender Bedeutung, denn ihre positive Lösung erfordert den weltweiten Sieg des Sozialismus, d. h. die Errichtung der wesensgemäßen Einheit der Menschheit durch organische Koordination der abend- und morgenländischen Kulturen. Deshalb: Veni creator spiritus! Durch Studium Hegels!

## CHRONIK DES MONATS

VON DR. MARCEL BERTSCHI

### Innenpolitik

Die Schweiz gilt in aller Welt als das ideale Ferienland. Oder soll man nun «galt» sagen? Die Zermatter Typhusepidemie hat dem Ansehen der Schweiz im Ausland mehr geschadet, als unzählige ausgezeichnete Werbeaktionen über das «Ferienland Schweiz» nützen können. Worum ging es in Zermatt? Zermatt hat, wie unzählige andere Ferienorte auch, in den letzten Jahren einen ungeahnten Aufschwung nehmen können. Neue Hotels, neue Skilifte, neue Bars und neue Luftseilbahnen schossen wie Pilze aus dem Boden, erwiesen sich doch die hier investierten Franken als sehr gewinnbringend. Der Verwertung des Kehrrechtes, der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung hingegen schenkte man weniger Aufmerksamkeit. Für diese öffentlichen Aufgaben hatte man weder Zeit noch Geld. Auch diese Überlegungen wurden nicht nur in Zermatt gemacht, sie sind in der ganzen Schweiz anzutreffen. Zermatt aber hat als erste Gemeinde für diese falschen und kurzfristigen Überlegungen bezahlen müssen. Anfangs März brach eine Typhusepidemie aus, die man vorerst noch aus reinen Geschäftsinteressen verheimlichte, die sich aber immer mehr ausbreitete, so daß man sie nicht mehr unter Kontrolle bringen konnte. Nun erst wurden die notwendigen Maßnahmen ergriffen. Aber es war zu spät. Bereits war die traurige Kunde

in aller Welt verbreitet worden; aus England, Deutschland und Amerika wurde heftig protestiert. Der Schaden für die Zermatter Fremdenindustrie wird sehr, sehr viel teurer kommen, als die teuersten und kostspieligsten Wasserfassungen, Klärwasserbeseitigungen und Kehrrichtverwertungen gekostet hätten. Hoffentlich lernen die übrigen Schweizer Gemeinden aus diesem Vorfall, daß gutfunktionierende öffentliche Dienste nicht unnötige und verlustreiche Investitionen, sondern die Grundlage für ein gesundes und wirtschaftlich kräftiges Land sind. Zermatt – ein teurer, aber leider notwendiger «Lehrblätz»!

Auch in unserem Schulwesen steht es nicht zum besten. In der letzten Woche der Frühjahrsession hat der Nationalrat dem neuen Artikel 27<sup>quater</sup> der Bundesverfassung zugestimmt. Nach zwei bis drei Jahren wird der Bund das Recht haben, Stipendien der Kantone durch Beiträge zu unterstützen. Dies ist dringend notwendig, zeigt es sich doch, daß die Studierenden vorwiegend aus Kreisen der Selbständigerwerbenden (35 Prozent) und Angestellten (54 Prozent) stammen, während der Anteil der Selbständigerwerbenden an der ganzen Bevölkerung nur 19 Prozent, der der Angestellten nur 30 Prozent beträgt. Aus Arbeiterkreisen stammen nur 6 Prozent der Studenten, während die Arbeiter 51 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Nebst psychologischen Hemmnissen stehen dem vermehrten Studium von Kindern aus Arbeiterkreisen sicher in erster Linie finanzielle Schwierigkeiten entgegen. Nehmen wir aber an, es würde gelingen, die Zahl der Mittelschüler so zu erhöhen, daß wir prozentual mit Amerika und Rußland gleichziehen könnten, so würden wir entsetzt feststellen, daß es uns an Universitäten, Mittelschulen und vor allem an Dozenten mangelt. Auch hier rächt es sich immer mehr, daß bei einer der wichtigsten Aufgaben des Staates – der Erziehung und Schulung der Jugend – eine einigermaßen funktionierende Planung völlig fehlt. Brauchen wir auch hier ein Zermatt, bis uns die Augen aufgehen?

Nach Angaben des BIGA gab es Mitte Februar – am 1. März trat die Beschränkung der Zulassung ausländischer Arbeitskräfte in Kraft – in der Schweiz 512 412 Gastarbeiter ohne Niederlassungsbewilligung. Davon waren 52 634 (10 Prozent) Saisonarbeiter, 415 241 (81 Prozent) Nichtsaisonarbeiter und 44 537 (8,7 Prozent) Grenzgänger. Von 1962 auf 1963 hat sich damit die Gastarbeiterzahl um 15 Prozent erhöht, während sie sich von 1961 auf 1962 um 27 Prozent erhöht hatte. Seit August 1962 nahmen die Jahresarbeitskräfte nur noch um 2,3 Prozent zu, während vor Jahresfrist noch eine Steigerung um 7 Prozent zu verzeichnen war. Wie verteilten sich Mitte Februar 1963 die Gastarbeiter? 126 580 (Vorjahr 106 445) arbeiteten in der Metallindustrie, im Sektor Textilien und Bekleidung waren es 72 567 (65 974), im Gastgewerbe 63 040 (59 095), im Baugewerbe 52 290 (44 906).

Am 8. April beschlossen die Gipser und Gipserhilfsarbeiter in der Stadt Zürich, nachdem Verhandlungen mit den Gipsermeistern – vor allem in der Frage der Arbeitszeitverkürzung – ergebnislos verlaufen waren, den Streik auszurufen. Streik in der Hochkonjunktur – ein in der Schweiz bisher noch nicht bekanntes Phänomen. (Abgeschlossen am 15. April)

## Außenpolitik

Seit Mitte März wurden zwischen den Vertretern von Ägypten, Syrien und Irak Föderationsgespräche abgehalten, die zuerst sehr schleppend vor sich gingen, am 10. April aber zur Bildung einer «Vereinigten Arabischen Republik» führten. Dieser Beschluß, der noch der Volksabstimmung in den betreffenden Ländern unterliegt und dessen Einzelheiten erst noch ausgearbeitet werden müssen, sieht vor, daß jedes Mitglied seine Eigenstaatlichkeit behält, die Bundesregierung in Kairo hingegen für die Außenpolitik, die Verteidigung und die generelle Linie der Wirtschaftspolitik verantwortlich ist. Die 38 Millionen Einwohner des neuen Bundesstaates sollen eine gemeinsame Staatsangehörigkeit und eine gemeinsame Flagge haben.

Am 18. März konnte Bonn sein Verbot der Ausfuhr von Großröhren an die Sowjetunion nur dadurch aufrechterhalten, daß die CDU/CSU im Bundestag der entscheidenden Abstimmung fernblieb. So war der Bundestag beschlußunfähig, die SPD und die FDP, die beide gegen das Embargo waren, konnten gegen diesen Mißbrauch demokratischer Usancen nur protestieren. Es fragt sich, ob mit diesem Verbot wirklich ein NATO-Beschluß ausgeführt wurde, wie die Bundesregierung behauptet, oder ob damit nicht Westdeutschland den Amerikanern (und den Erdöltrusts) beweisen wollte, daß es ein gehorsamer Partner sei. Denn gerade daran hatten die Amerikaner gezweifelt, als Adenauer und de Gaulle einen Freundschaftsvertrag abschlossen, der nun – wesentlich entschärft, indem in einer Präambel das Lob der NATO und der EWG gesungen werden soll – in Bälde ratifiziert werden wird.

Der Präsident der Labourparty zeigt immer deutlicher, daß er sehr genau weiß, welchen Kurs er zu steuern gedenkt, wenn er – was sehr wahrscheinlich ist – in den nächsten Wahlen in England mit seiner Partei das Regierungssteuern übernehmen wird. Er will keine Atomwaffen und wird das von der gegenwärtigen Regierung mit den USA abgeschlossene Abkommen über den Kauf von 64 Polarisraketen wieder rückgängig machen. Wilson hat sich auch sehr eindeutig gegen Waffenlieferungen an Südafrika ausgesprochen, was bereits zur Sistierung südafrikanischer Aufträge in Großbritannien führte.

Am ersten Jahrestag des Vertrages von Evian, am 18. März, ließ Frankreich in der Sahara eine unterirdische Atomexplosion auslösen, ein Akt

höchster Klugheit . . . Ben Bella und andere afrikanische und arabische Staaten protestierten heftig. Seither tut sich Ben Bella viel weniger Zwang an bei der Expropriierung von großen Landgütern, was den Zorn Frankreichs und einiger westlicher Zeitungen erregte. Atomexplosionen sind natürlich viel weniger zu verurteilen als Enteignungen riesiger Landgüter . . .!

In Südkorea dauern die unstabilen Verhältnisse an. Die Militärdiktatur wird vorläufig noch verlängert, was die USA gar nicht schätzen, hingegen die Zustimmung der Japaner findet. Gegen Ende März hat Washington mit den 16 Staaten, die unter der Fahne der Vereinten Nationen in Korea gekämpft haben, Fühlung aufgenommen. Nach der «NZZ» vom 21. März spricht man davon, daß Amerika daran denkt, seine Wirtschafts- und Militärhilfe zu kürzen, was der Militärjunta das Genick brechen könnte, wenn nicht Japan seine im Prinzip zugesagten Reparationsgelder in der Höhe von 500 Millionen Dollar zur Verfügung stellen würde. Mittlerweile hört man von diesen Verhandlungen nichts mehr – was wohl beweist, daß sie stattfinden . . . In Südkorea scheint sich ein Ringen um wirtschaftliche Absatzgebiete zwischen den USA und Japan anzubahnen. Man munkelt, daß die Japaner viel geschickter vorgingen als die oft sehr undiplomatischen Amerikaner. Von Demokratie und Freiheit haben die Südkoreaner jedoch bisher noch nichts gemerkt!

Vom 18. bis zum 20. März fand in San José (Costa Rica) eine Konferenz der mittelamerikanischen Staaten statt, an der die USA, Nicaragua, Guatemala, Costa Rica, El Salvador, Honduras und Panama (als Beobachter) teilnahmen. Die Gespräche drehten sich – wie könnte es anders sein – um die Freiheit und die Demokratie, die von Kuba bedroht sei, nicht aber von den diktatorischen Regimes der mittelamerikanischen Staaten selbst, die die breiten Volksmassen in unvorstellbarem Elend dahinvegetieren lassen. Wirtschaftliche Maßnahmen standen im Vordergrund der Verhandlungen; man beschloß aber – als effektiv einziges reales Ergebnis –, die Überwachung in der Luft und zu Wasser rund um Kuba zu verstärken. Am 31. März fand in Guatemala ein Militärputsch statt, der den Präsidenten Fuentes ins Exil trieb, da er zuwenig «antikommunistisch» war. Kennedy, der in San José davon gesprochen hatte, es müsse um Kuba «ein Wall von freien Menschen» gebildet werden, anerkannte diese Militärdiktatur . . . Zum großen Zorn der Exilkubaner, beschlossen hingegen die USA und Großbritannien, gegen die «kubanischen Freiheitskämpfer» ein wenig härter vorzugehen.

Am 24. März fanden die mehr als viermonatigen Koalitionsgespräche in Österreich zwischen der SP und der OeVP einen «erfolgreichen» Abschluß. In strittigen Fragen schuf man – dies ist natürlich ein wenig überspitzt ausgedrückt – ein Amt mehr, um beiden Parteien einen Sitz zu verschaffen.

Die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz vom 31. März brachten der SPD

wieder einen bedeutenden Zuwachs (40,7 statt 34,9 Prozent), der CDU aber den Verlust der absoluten Mehrheit (48,4 statt 52 Prozent). Diese weitere Niederlage macht der CDU/CSU das weitere Verbleiben des immer uneinsichtiger werdenden Adenauers auf dem Sitz des Bundeskanzlers ständig untragbarer. Von seinem «zweiten Regierungssitz» in Cadenabbia ließ der alte Herr verlauten, er trete im Herbst zurück und verstehe das ganze «Gestürm» nicht!

Nach wenigen Tagen brach anfangs April ein Militärputsch in Argentinien zusammen. In Frankreich ging am 5. April der Streik der Bergleute zu Ende, ohne daß eine Partei einen Sieg errungen hätte. Die Gewerkschaften errangen wohl einige Verbesserungen, konnten aber bei ihren Mitgliedern den Eindruck nicht verhindern, sie hätten dem Gegner zuviel nachgegeben; die Regierung hat andererseits ihre Kraftprobe gegen die Gewerkschaften nicht erfolgreich durchsetzen können. Das Prestige de Gaulles erlitt dadurch einen Schlag.

Bei den Wahlen in Kanada erlitten die Konservativen starke Stimmenverluste. Sie werden im neuen Parlament nur noch 94 (bisher 116) Sitze haben, die Liberalen unter Lester Pearson werden 130 (100) Parlamentarier stellen, die rechtsextreme Sozialkreditpartei ging von 30 auf 24 Vertreter zurück, die Neue Demokratische Partei von 19 auf 17. Pearson wird sehr wahrscheinlich neuer Premierminister werden, doch dann werden für ihn erst die Schwierigkeiten beginnen. Die Fragen der Atombewaffnung und die ständige Wirtschaftskrise sind die wichtigsten Probleme, die er zu lösen haben wird.

Am 11. April traf die USA das größte U-Bootunglück in Friedenszeiten: das schnellste und leistungsfähigste atomgetriebene Unterseeboot «Tresher» mit 129 Mann an Bord ging im Atlantik nach einem Tieftauchversuch unter. Auf eine Rettung ist nicht mehr zu hoffen. (Abgeschlossen am 15. April)